



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Gerlach: Mittelstand bestmöglich schützen – der Bund ist jetzt in der Pflicht**

Gerlach: Mittelstand bestmöglich schützen – der Bund ist jetzt in der Pflicht

22. April 2022

In der aktuellen Debatte um den Schutz von Wirtschaft und Öffentlichkeit vor Cyberangriffen aus Russland fordert die bayerische **Digitalministerin Judith Gerlach** bestmöglichen Schutz für kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs).

„Kleine und mittelständische Unternehmen machen mehr als 99 Prozent der bayerischen Wirtschaft aus“, sagte Gerlach auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee. „Sie sind Treiber von Innovation und schaffen in Bayern 4,3 Millionen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Die mittelständischen Unternehmen sind daher besonders schutzbedürftig, haben aber oft wenig eigene Mittel, um einen ausreichenden Schutz ihrer IT zu gewährleisten.“

Die Ministerin hatte zuletzt einen 10-Milliarden-Euro-Sonderfonds für die Ausstattung der Cybertruppe aus dem Sondervermögen der Bundeswehr für die Aufgaben der Cyberverteidigung gefordert. Angesichts der dramatisch gestiegenen Bedrohung durch kriminelle Hacker müssten jedoch auch KMUs bestmöglich geschützt werden, ist sie überzeugt. Hier sieht sie insbesondere den Bund in der Pflicht.

Staatsministerin Gerlach: „Cybersicherheit betrifft Staat und Wirtschaft auf allen Ebenen. Wir brauchen eine umfassende und langfristige Cybersicherheitsstrategie für den Mittelstand. Der Bund muss hier Anreize setzen und Unterstützungsangebote schaffen, die passgenau, niedragschwellig und unkompliziert umzusetzen sind.“

Der Freistaat Bayern ist laut Gerlach bereits gut aufgestellt, etwa mit der Initiative Wirtschaftsschutz, dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) für Unternehmen der öffentlichen Hand, der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) oder dem Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ).

Nun gelte es, auch auf Bundesebene konkrete Schritte zu entwickeln, die den Unternehmen helfen, sich besser zu schützen. Dabei geht es nicht nur um die richtige IT-Ausstattung und Sicherheitsvorkehrungen in den Unternehmen, sondern auch um bessere Krisenpläne, klare Zuständigkeiten und festgelegte Kommunikationswege für die unterschiedlichen Szenarien eines Angriffs.

Die Ministerin sieht hier insbesondere das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in der Verantwortung: „Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik muss dringend den Informationsaustausch verbessern, um eine bestmögliche Unterstützung der Mittelständler zu ermöglichen.“

Vor dem Hintergrund des derzeitigen Kriegs von Russland gegen die Ukraine hatten bereits mehrere Experten davor gewarnt, dass der Kreml die jüngsten Wirtschaftssanktionen mit gezielten Cyberangriffen auch in Deutschland beantworten werde.

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

